

La Diète de la République du Valais.

Où le rapport de son Comité de Constitution , après mure délibération a décrété à l'unanimité, que la présente Constitution en soixante seize articles est acceptée au nom du peuple Valaisan pour être la Constitution fondamentale de la République du Valais.

Que quatre expéditions originales en seront dressées paraphées au bas de chaque page par le Président & les Secrétaires de la Diète & revêtues du présent Acte d'acceptation signé par eux & scellé du sceau de la République , pour trois des dites expéditions être remises aux Envoyés des trois Puissances garantes , & la quatrième leur être présentée à l'effet d'être vidimée par eux & revêtue de leur sceau pour former l'Acte original, qui demeurera déposé aux Archives de la République.

Extrait du Protocolle de la Diète de la République du Valais du 30. Aoust 1802.

Scellé du sceau de la République.

Le Président de la Diète STOKALPER.

Les Secrétaires } TOUSARD DOLBEC.
de la Diète. } AUGUSTINI.

Les Envoyés des Républiques française, Italienne, & helvétique certifient que la présente chartre est l'un des quatre originaux de la Constitution de la République Valaisane , & de l'acceptation que la Diète en a dégratée.

Bex le 13. Fructidor an dix de la République française & Sion le 31. Aout 1802.

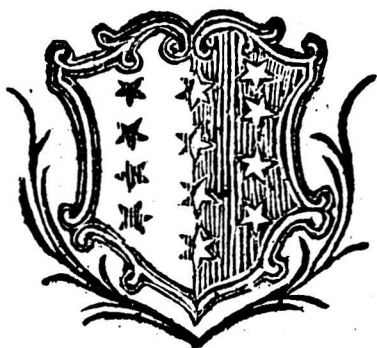
Turreau. Müller-Friedberg. Lambertenghi.

(L.S.) (L.S.) (L.S.)

Staatsverfassung

für die

Republik Wallis.



GEZEN

Bey Anton Advokat 1802.

PA 1348,6



Im Namen des Allmächtigen Gottes.

Titel I.

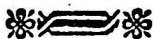
Art. 1. Die heilige, katholische, apostolische, römische Religion ist die Religion des Staates; diese allein hat einen öffentlichen Gottesdienst. Das Gesetz sorget, daß sie weder in ihrer Lehre noch in ihrer Ausübung gestört werde.

Titel II.

Art. 2. Das Wallis bildet einen freien und unabhängigen Staat, der von der Fränkischen, Helvetischen und Italienischen Republik abgesondert, und von diesen drei Republiken unterstützt ist, die zu diesem Ziele seine Unabhängigkeit gewähren.

Art. 3. Die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Helvetischen Republik, so wie selbe in dem elften Artikel des Friedensschlusses zu Luneville ist erklärt worden, soll auch von Seite Frankreichs auf das Wallis angewendet werden; weil dieses Land in dem Zeitpunkte, wo dieser Friedensschluß ist gemacht worden, einen Bestandtheil Helvetiens bildete.

Art. 4. Die fränkische Republik wird einen freien und immerwährenden Gebrauch einer kommerzialen und militärischen Straße haben, welche durch das Wallis über den Simplen von dem Departement des Montblanc bis auf das Gebiet der Italienischen Republik gerichtet ist.



Titel. III.

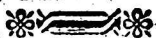
Art. 5. Die Straße, welche wirklich auf dem Sumpelnberge angelegt wird, soll auf Unkosten der Fränkischen und Italienischen Republik gemacht und unterhalten werden. Die Eigenthümer, derer Güter für diese Straße schon sind genommen worden, oder noch genommen werden könnten, sollen von diesen zwey Republiken allein entschädiget werden. Die Valesianische Regierung soll über die Direktion, welche dieser Straße zu geben ist, zu Rathe gezogen werden.

Art. 6. Das Wallis soll auf seine Unkosten die wirklich bestehende Straße von St. Gingour bis auf Brig unterhalten; jene Theile, welche fehlen sollten, wieder machen, und den Reisenden und dem Durchzuge der Waaren auf ihrem Gebiete Sicherheit verschaffen.

Art. 7. Das Wallis ist nicht verpflichtet, seine Pässe zu bewahren; die Fränkische Republik allein nimmt die Beschwerde auf sich, selbe zu beschützen; ihre Truppen, welche dazu gebraucht werden, sollen von ihr bezahlt und alle nöthige Werke auf ihre Unkosten gemacht und unterhalten werden.

Art. 8. Die Fränkische Republik soll in dem Wallis alle nöthige Einrichtungen und Anstalten machen, so daß der Dienst ihrer Durchzugstruppen in Rücksicht der Einquartierungen, Lebensmittel, Futter, Führen und Lieferungen aller Art keine Schwierigkeit leide, und niemals dem Lande zur Last falle.

Art. 9. Das Wallis verbindt sich, keine andere neue Kommunikationsstraße mit benachbarten Staaten zu eröffnen, ehe es mit der Fränkischen Republik sich hierüber einverstanden haben wird.



Art. 10. Die Fränkische und Italienische Republik verlangt auf dem Valesianischen Gebiete wegen der auf ihre Unkosten gemachten Straße über den Sympelnsberg keine Maut-Zoll- oder Transitgebühr, unter was für einem Namen es seyn mag. Stugegen verpflichtet sich das Wallis, keines dergleichen Rechte ohne Einwilligung der Fränkischen und Italienischen Republik einzuführen.

Art. 11 Das Wallis, die Fränkische und Italienische Republik werden Pferdposten, welche sie zum Dienste der Straße notwendig erachten, und so viel es einen jeden dieser Staate betrifft, gemeinschaftlich und zu gleicher Zeit aufrichten und unterhalten.

Art. 12. Die Hospizien auf dem Sympeln- und St. Bernardsberge, und die Wege, welche dahin führen, sollen in gutem Stande erhalten werden.

Art. 13. Das Wallis behält das Recht, anerkannte Regimenter in fremden Diensten zu haben.

Art. 14. Da die Republik Wallis keine Botschafter, keine politische und kommerziale Agenten als in die drey gewährleistenden Republiken schicket und nur von ihnen dergleichen annimmt; so werden die Botschafter und kommerziale Agenten der Fränkischen Republik an den Orten, wo Wallis keinen Agenten hat, die Valesianischen Bürger beschützen welche sie um ihre Dienste ansuchen werden.

Art. 15. Das Wallis, Kraft seiner Unabhängigkeit bleibt im völligen Rechte, in dieser gegenwärtigen Verfassung Abänderungen zu machen, in so weit diese die Artikel dieses Titels und diejenigen des zweiten, der diesem vorgeht, nicht verletzen; denn diese bleiben buchstäblich bestimmt und unänderlich.

Titel IV.

Eintheilung des Gebietes.

Art. 16. Das Wallis bildet eine Republik, welche derselbigen Verfassung und denselbigen Gesetzen unterworfen ist.

Sitten ist der Hauptort der Republik, und die höchsten Behörden halten da ihre Sitzungen.

Art. 17. Das Gebiet der Republik ist in zwölf Zehnen abgetheilt.

Diese Zehnen sind :

Goms,
Brig,
Disp,
Aaren und Mòrel,
Leuf,
Sider,

In den selbigen Grenzen und mit denselbigen Hauptorten die sie 1797 hatten.

Sitten, in den Grenzen seines wirklichen Distriktes, mit Nendaz, Wensona und Salins.

Hermenze, eben so, Nendaz, Wensona und Salins ausgenommen.

Martinacht,
Sembrancher,
St. Maurizen,
Monthey,

In den Grenzen ihres wirklichen Distriktes.

Diese sechs letztern Zehnen behalten ihre Hauptorte, die sie als Distrikte hatten.

Titel V.

Politischer Zustand der Bürger.

Art. 18. Valesianische Bürger sind.

A. Diejenigen, welche laut der in der Helvetischen Republik über diesen Gegenstand in Kraft

stehenden Gesetze im Wallis Auktobürger, und in irgend einer Gemeinde Gemeinder sind, oder sich als Gemeinder auf eine leichte, durch das Gesetz für diese Klasse der Einwohner zu bestimmende Weise, werden aufnehmen lassen.

B. Alle Fremde, welche ein Gemeindrecht kaufen, wenn sie zuvor von dem Landrath laut der Bedingnisse, welche das Gesetz bestimmen wird, werden naturalisirt worden seyn.

Art. 19. Niemand kann das Bürgerrecht ausüben wenn er nicht zwanzig Jahre alt, und wenigstens ein Jahr in dem Bezirke der Republik säßig gewesen ist. Niemand hat das Stimmrecht in einer andern Gemeinde als in derjenigen, wo er Gemeinder ist.

Art. 20. Niemand kann zu Gemeindämtern gewählt werden, wenn er nicht das Alter von 21. erfüllten Jahren hat; zu den Zehnenämtern, jenes von 25. Jahren; zu den höchsten Staatsämtern, jenes von 30 Jahren. Die geistlichen Funktionen sind mit den civilischen Aemtern unverträglich.

Art. 21. Das Gesetz bestimmt die Fälle, welche den Verlust oder die Einstellung des Bürgerrechtes bewirken.

Titel VI. Zustand der Grundgüter.

Art. 22. Kein Grundstück ist mit einer ewigen und unablässlichen Beschwerde belastet.

Art. 23. Alle dergleichen Beschwerden, die wirklich bestehen und namentlich die Zehnden und Bodenzinse können losgekauft werden.

Art. 24. Die Art des Loskaufes soll aufs späteste bis am Ende des Mayenlandrathes 1803 bestimmt werden.

Titel VII.

Gemeind- und Zehnenbehörden.

Art. 25. Eine jede Gemeinde hat einen Gemeinderath, der aus höchstens aus zwölf Gliedern und den Gewaltshabern der Gemeinde besteht. Er hat die Verwaltung der Gemeindgüter, die Bestimmung der Ausgaben, die Vertheilung der Beschwerden und die Einrichtung der Ortspolizen auf sich.

Der Präsident, die Gewaltshaber und die Glieder des Rathes werden von der allgemeinen Bürgerversammlung gewählt; diese bestimmt die Dauer ihrer Funktionen.

Art. 26. Den Häuptern des Gemeinderathes ist die Vollziehung der Gesetze und die Verwaltungsverordnungen, welche ihnen von dem Präsidenten des Zehnenrathes zugesandt werden, aufgetragen.

Art. 27. In einem jeden Zehnen ist ein Rath, welcher aus dem Zehnenpräsidenten und dem Präsidenten eines jeden Gemeinderathes besteht.

Die Gemeinden, welche mehr als hundert Aktivbürger haben, senden über das noch einen Deputirten durch Hundert auf den Zehnenrath, der immer einer der Gewaltshaber seyn muß.

Art. 28. Der Zehnenrath macht die Wahlen, welche ihm zugeeignet sind; richtet die Zehnenausgaben ein; vertheilt die Beschwerden unter die Gemeinden; mit Vorbehalt, daß diese sich an den Staatsrath, der zu diesem Ziele auf die im 59 Artikel vorgeschriebene Art zusammen gesetzt ist, wenden können; er berathschlaget über die allgemeinen Geschäfte des Zehnen.

Art. 29. Der Präsident des Zehnenrathes beruft

die ordentlichen und außerordentlichen Versammlungen desselben zusammen.

Er ist mit Rechte immer einer der Deputirten des Zehners auf den Landrath; er ist beauftraget, unter den Befehlen des Staatsrathes, die Gesetze Verordnungen und Beschlüsse zu vollziehen, und brauchet zu diesem Ziele die Häupter der Gemeindräthe, welche ihm in diesem Stücke untergeordnet sind.

Art. 30. Die Präsidenten des Zehnenrathes empfangen eine Entschädigung, welche von dem Landrathe bestimmt werden soll. Das Gesetz verordnet die Wahlart derselben.

Titel VIII

Von der Regierung.

Art. 31. Die Republik wird von einem Landrathe und einem Staatsrathe regiret.

Art. 32. Der Landrath besteht aus den Deputirten von einem jeden Zehnen. Den Präsidenten einbegriffen, wählet ein jeder Zehnen einen Deputirten durch 2000 Seelen. Das Gesetz wird über die Fractionen beschließen. Ein jeder Zehnen kann nicht weniger als zwey Deputirte haben.

Der Hochwürdigste Bischof von Sitten hat in dem Landrathe Sitz und Stimm. Er ist der einzige Geistliche, der dabey gegenwärtig seyn kann.

Art. 33. Die Deputirten auf den Landrath werden von den Zehnenrathen gewählt, die sich deswegen am ersten Sonntage des Mayens versammeln. Sie bleiben zwey Jahre an ihrer Stelle, und sind wieder wählbar.

Art. 34. Um auf den Landrath wählbar zu seyn, muß man das Amt eines Gesetzgebers, Richters

oder Verwalters in den höchsten Behörden oder im Zehnen bekleidet haben, oder das Amt eines öffentlichen Schreibers ausüben, oder eine Offizierstelle in den Linientruppen belesen haben.

Art. 35. Kein Bürger, der seit 1780 geboren ist, kann auf den Landrath deputirt werden, wenn er nicht die französische und deutsche Sprache versteht.

Art. 36. Der Landrath nennt aus seiner Mitte seinen Präsidenten und Vicepräsidenten. Einer von beiden muß immer von den Zehnen oben der Raspilie, der andere aber von denjenigen unter derselben seyn. Sie werden für zwey Jahre gewählt, und sind wieder wählbar, so lange sie Glieder des Landrathes sind.

Art. 37. Die Glieder des Landrathes erhalten eine Entschädigung, die von dieser Versammlung selbst bestimmt wird.

Art. 38. Der Landrath versammelt sich zweymal des Jahres, nämlich den 15 Mayens und den 15. Wintermonats. Ihre ordentlichen Sitzungen dauern nicht länger als 15 Tage; doch kann der Staatsrath die Dauer derselben verlängern, und den Landrath außerordentlich zusammenrufen; er kann auch durch ein Kreisschreiben, und durch den Kanal des Landratspräsidenten die Glieder des Landrathes zu Rathe ziehen.

Art. 39. Der Staatsrath besteht aus einem Präsidenten, der Landshauptmann betitelt wird, und aus zwey Staatsräthen. Sie werden von dem Landrathe in-oder außer seinem Schoosse gewählt; sie haben einen Landschreiber; der von ihnen erwählt wird.

Art. 40. Die Entschädigungen der Glieder des Staatsrathes werden von dem Landrathe bestimmt,

und können nur von den Anwesenden Gliedern bezogen werden.

Art. 41. In dem Staatsrathe können niemals zwei Glieder von dem selbigen Zehnen seyn.

Art. 42. Es ist ein Landshauptmann Statthalter und zwei Vizestatthalter. Sie ersetzen in Todes- und Abwesenheitsfällen ihre Prinzipalen. Sie werden von dem Landrathe in- oder außer seinem Schooße gewählt, und wenn sie Glieder des Landrathes sind; so hören sie auf es zu seyn.

Art. 43. Um Landshauptmann, Landshauptmannstatthalter, Staatsräthe und Vizestaatsräthe können gewählt werden, muß man die Stelle eines Gesetzgebers, Richters oder Verwalters in den höchsten Behörden vor oder seit 1798 bekleidet haben.

Art. 44. Die Glieder des Staatsrathes bleiben drei Jahre an ihrer Stelle. Sie werden alle Jahre drittelweis erneuert. Die erste Erneuerung aber fängt erst 1805 an. Die austretenden Glieder können nicht eher als nach dem Verlaufe dreier Jahre wieder gewählt werden.

Titel IX.

Von der Gewalt des Landrathes.

Art. 45. Dem Landrathe gehört die Gesetzgebende Gewalt; kein Gesetz kann in Berathschlagung gezogen werden, welches nicht von dem Staatsrathe, zu diesem Ziele mit seinen Stellvertretern vereinigt, ist vorgeschlagen worden.

Art. 46. Die Wahlen in dem Landrathe werden durch geheimes Stimmenmehr gemacht.

Art. 47. Die von dem Landrathe beschlossenen Gesetze sollen in dem Bezirke der ganzen Republik

vollzogen werden, so bald sie von dem Staatsrathe besiegelt und öffentlich bekannt gemacht worden sind.

Art. 48. Der Landrath nimmt alle Jahre im Mayenmonate die Rechnungen für das verflossene Jahr von dem Staatsrathe an, und macht selbe bekannt; der Staatsrath legt ihm zugleich Zeit eine Uebersicht sowohl der Einkünfte als der Ausgaben vor, welche für das künftige Jahr zu machen sind.

Art. 49. Der Landrath ernennt zu geistlichen Würden und Pfründen, zu welchen die vormalige Regierung des Wallis ernannte.

Art. 50. Auf den vorläufigen und nothwendigen Vortrag des Staatsrathes hat der Landrath das Recht zu begnadigen, und die Strafen zu verändern.

Titel X.

Von der Gewalt des Staatsrathes.

Art. 51. Dem Staatsrathe ist die Vollziehung der Gesetze und die ganze öffentliche Verwaltung, die darauf einen Bezug hat, aufgetragen.

Art. 52. Der Landshauptmann als Präsident des Staatsrathes siegelt die Gesetze, und macht sie bekannt; unterzeichnet die Beschlüsse des Rathes; sie werden von dem Landschreiber unterschrieben.

Er hat über das in seinem Departemente die innere und äußere Sicherheit der Republik; unterhält die Relationen mit fremden Mächten, was sich auf Freundschaft, Politik und Handelschaft bezieht; er hat die Verwaltung des Kriegswesens, und verordnet über die bewaffnete Macht.

Er nimmt die Depeschen und Petitionen an, welche dem Staatsrathe zugeschickt werden, theilet sie

In die gehörige Fächer aus; und besorget überhaupts alle Geschäfte, welche nicht ausdrücklich einen andern Departementen zugeeignet sind.

Art. 53. Einer von den Staatsrathen besorget die civilische und Criminalische Rechtsflege,

Die innere Polizei,

Den öffentlichen Unterricht;

Die Verhältnisse mit der geistlichen Behörde,

Die Verwaltungsgeschäfte,

Die öffentlichen Gesundheitsanstalten.

Art. 4. Der andere von den Staatsrathen ist beladen Mit der Verwaltung der Nationalgüter.

Mit der Einnahme und Verwaltung der öffentlichen Einkünfte von jeder Gattung.

Mit der Anlegung und Unterhaltung der Straßen Brücken, und andern öffentlichen Arbeiten.

Mit der Obsorge über Minen, Pulver und Salpeter.

Mit der Aufsicht über die Handelschaft und Industrie.

Art. 55. Ein jedes Glied des Staatsrathes ist verpflichtet, die Geschäfte, welche sein Fach betreffen, dem Staatsrathe vorzutragen, welcher dann darüber berathschlaget und entscheidet.

Ein jedes Glied ist für die Verzögerung sowohl in Rücksicht des Vortrages als der Ausfertigung der seinem Fache anhängigen Geschäfte verantwortlich.

Art. 56. Der Staatsrath, der mit dem Finanzwesen beladen ist, soll eine Bürgschaft leisten, die von dem Landrathe angenommen wird.

Art. 57. Der Staatsrath stattet alle Jahre im Maymonate dem Landrathe seine Rechnungen der Einnahmen und Ausgaben ab, wenn er unterläßt, selbe im oben bestimmten Zeitpunkte abzulegen, oder ein Defizit an dem empfangenen Gelde vorhanden ist, so soll ihn der Landrath als wirklich abgesetzt erklären.

Art. 58. Der Staatsrath verordnet über die bewaffnete Macht; die Zahl der Truppen und die Einrichtung derselben wird durch das Gesetz bestimmt.

Art. 59. Der Staatsrath, mit den Präsidenten der Deputirten vereint, entscheidet die in der Verwaltung vorkommenden Streitigkeiten.

Titel XI.

Von den richterlichen Behörden.

Art. 60. Eine jede Gemeinde kann in ihrer Mitte einen Richter erster Instanz, unter dem Namen Kastlan, haben, vor welchen alle civilische Gängel gebracht werden, erfällt auch ein Endurtheil über eine Summe, die durch das Gesetz bestimmt ist. Dieses Amt ist nicht unverträglich mit demjenigen eines Vorstehers des Gemeindrathes.

Art. 61. Die Kastlane der Gemeinden werden auf einen vierfachen Vorschlag des Gemeindrathes von einer jeden Gemeindeversammlung gewählt. Diese Wahl wird alle zwey Jahre am letzten Sonntage Aprills gemacht.

Art. 62. Die Gemeindeskastlane bleiben zwey Jahre an ihrer Stelle, und sind allemal wieder wählbar. Sie legen den Eid in die Hände des Großkastlans ab.

Art. 63. In einem jeden Zehnen ist ein Richter unter dem Namen Großkastlan; dieser hat einen Statthalter.

Art. 64. Der Statthalter des Großkastlans ist in den Gängeln der Gemeinden, welche keinen Kastlan haben, Richter erster Instanz.

Art. 65. Von dem Urtheile erster Instanz appellirt man zum Zehengericht, welches aus dem Großkastlan, oder seinem Statthalter und sechs Beysitzern besteht. Diese Beysitzer werden unter den Gemeindevrichtern, alten Richtern, Großkastlanen und ihren Statthaltern in dem Zehnen selbst, oder in den benachbarten Zehnen gewählt. Das Gesetz bestimmt die Wahlart.

Art. 66. In keinem Falle kann ein Richter bey einem Appellationsgericht in einem Gängel, der von ihm schon in erster Instanz beurtheilt worden ist, Sitz und Stimm haben.

Art. 67. Der Großkastlan wird alle zwey Jahre von dem Zehnenrath gewählt, der sich am ersten Sonntage des Novembermonats versammelt. Er legt den Eid in die Hände seines Vorfahrers ab; das erstemal aber in die Hände des Präsidenten des Plattsgerichtes.

Art. 68. Der Großkassan ist nur einmal wieder wählbar. Wenn er vier Jahre in diesem Amte gestanden ist, so kann er nicht eher als nach dem Verlaufe zweyer Jahre wieder gewählt werden.

Art. 69. Um zur Stelle eines Großkassanes zu gelangen, muß man in dem Zehnen sakhast, und Richter oder Schreiber gewesen seyn; und, von 1810 an zu zählen, das Recht studiert haben.

Art. 70. Der Statthalter des Großkassans wird auf die selbige Art, für die selbige Zeit und unter denselben Bedingungen, wie sein Prinzipal gewählt. Er vertritt die Stelle des Großkassans, wenn dieser seine Funktionen nicht verrichten kann. Er legt den Eid in dessen Hände ab.

Art. 71. In den kriminalischen Sündeln und der Korrekzionspolizy richtet der Großkassan oder sein Statthalter mit zwey Beysizern den Prozeß ein, und bildet mit acht Beysizern das Kriminalgericht, erster Instanz. Die Beysizer werden auf dieselbige Art gewählt, wie im 65. Artikel gesagt ist.

Art. 62. Es ist ein Appellationsgericht für die ganze Republik, welches das Endurtheil über alle sowohl civilische als kriminalische Sündel fällt; das Gesetz bestimmt die Organisation desselben.

Art. 73. In den contradictorisch, civilischen und kriminalischen Prozessen werden die Kassane, Beysizer und die Glieder des Appellationsgericht für ihre Vakationen nach einer durch das Gesetz zu bestimmenden Tare bezahlt werden; die inquisitorisch, kriminalischen und Korrekzionspolizy, Prozesse werden auf Unkosten des Staates geführt; mit Vorbehalt des Rekurses wider denjenigen laut Rechtes.

Art. 74. Von dem Augenblicke an, wo diese gegenwärtige Verfassung angenommen worden seyn; sollen alle an dem ersten Jener 1748 bestehende sowohl civilische als kriminalische Gesetze allein in Kraft seyn, bis der Landrath hierin einige Abänderung wird gemacht haben. Dieser Artikel aber soll nicht auf die Feodalmatieren anwendbar seyn.

Art. 75. Unterdessen bis die kriminalische Gesetze werden untersucht werden, kann das Appellationsgericht, wenn es von ihm thunlich erachtet wird,

dem Landrath eine Linderung der Strafe vorschlagen. Es wird deswegen dem Staatsrathe die Prozedur und seinen Bericht darüber zuschicken.

Art. 76. Dieselbige Person kann zugleich richterliche und Verwaltungsstellen bekleiden.

Der Landrath der Republik Wallis hat nach Anhörung des Berichtes seiner Verfassungskommission und nach reifer Ueberlegung einhellig beschlossen, daß diese gegenwärtige Verfassung, die in 76 Artikeln besteht, im Namen des Valesianischen Volkes angenommen ist, um die Grundverfassung der Republik Wallis zu seyn.

Daß vier Originale derselben verfaßt, von dem Präsidenten und den Sekretären des Landrathes unten an einem jeden Blatte paraphirt, und mit dem von ihnen unterzeichneten und mit dem Petchaft der Republik besiegelten Annahmsakt versehen werden sollen, um drey der gemeldten Originale den Gesandten der drey gewähleisenden Mächte zuzusenden, und das vierte ihnen vorzulegen, damit es von ihnen collationirt und mit ihrem Siegel versehen werde um den Originalakt zu bilden, der in das Archiv der Republik gelegt und darin aufbewahrt werden soll.

Auszug aus dem Protokolle des Landrathes der Republik Wallis den 30. Augustmonats 1802 mit dem Siegel der Republik versehen.

Der Präsident des Landrathes Stodalper.

Die Sekretäre des Landrathes

Augustini und Tousseard Dolbec.

Die Gesandten der Fränkischen, Helvetischen und Italienischen Republik bezeugen, daß gegenwärtiger Verfassungsakt eines der drey Originale der Valesianischen Staatsverfassung und der Annahme derselben sey, welche der Landrath beschlossen hat.

Ber den 12 Fructidors im 10 Jahre der Fränkischen Republik, und Sitten den 30. Augustmonats 1802.

Turreau. Müller-Friedberg. Lambertenghi.

(L.S.)

(L.S.)

(L.S.)

